

Ukraine: Alternative Sichtweise und aktuelle Berichterstattung

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza: Danke, für Ihr Interesse. Willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Heute sprechen wir mit dem Journalisten und Vorstandsmitglied des Real News Network, Dimitri Lascaris. Dimitri ist auch Anwalt, spezialisiert auf Sammelklagen, internationales Recht und Menschenrechte. Im Jahr 2020 kandidierte er für die Führung der Grünen Partei [in Kanada] und belegte den zweiten Platz. Dimitri, schön, dass Sie wieder bei uns sind.

Dimitri Lascaris (DL): Es ist eine Freude, hier zu sein, Zain. Ich danke Ihnen für die Einladung.

ZR: Wir haben mit vielen Experten wie Noam Chomsky, Jill Stein, Vijay Prashad, Chris Hedges über eine Grundsatzdiskussion gesprochen, die zumindest in den deutschen Konzernmedien gescheitert ist. Russland hat die Entnazifizierung und Entmilitarisierung als Gründe für den Krieg gegen die Ukraine angeführt. Glauben Sie an die Legitimität dieser Gründe?

DL: Ich halte sie für aufrichtig. Ob sie aus völkerrechtlicher Sicht hinreichend sind, ist eine andere Frage, denn die Umstände, unter denen militärische Gewalt gegen einen souveränen Staat eingesetzt werden kann, wie es hier [in der Ukraine] in der Architektur nach dem Zweiten Weltkrieg geschehen ist, sind sehr restriktiv. Und das war natürlich so beabsichtigt. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Staats- und Regierungschefs sehr bemüht, einen solch katastrophalen Konflikt zu verhindern, und so haben sie die Umstände, unter denen Gewalt angewendet werden kann, auf ganz bestimmte Umstände beschränkt.

Doch entspricht die Motivation der russischen Regierung für ihre Invasion der Wahrheit? Ich glaube, das tut sie. Meiner Meinung nach gibt es zahlreiche Gründe für ihre Besorgnis über die NATO-Erweiterung, zahlreiche Gründe für ihre Besorgnis angesichts der Unterwanderung des ukrainischen Militärs und der ukrainischen Regierung durch Neonazi-Gruppierungen und auch für ihre Ansichten über die Bedrohungen, denen

russischsprachige und ethnische Russen, die in der Ukraine leben, über einen Zeitraum von acht Jahren nach dem Maidan-Putsch von 2014 ausgesetzt waren. Ich glaube daher, dass es viele eindeutige Beweise gibt. Die gegenteilige Behauptung, dass die Regierung von Wladimir Putin versucht, das Sowjetimperium zu rekonstruieren, lässt sich nicht belegen. Er erklärte in zahlreichen Reden sehr deutlich, dass er das für ausgesprochen töricht hält. Ich glaube nicht, dass die russische Regierung sich selbst in der Lage sieht, so ein Vorhaben durchzuführen, selbst wenn sie die Absicht dazu hätte. Die Vorstellung, dass sie die Länder Osteuropas wieder unter ihre Herrschaft bringen könnte, ist militärisch und wirtschaftlich einfach nicht machbar. Und ich denke, die russische Regierung ist sich dessen sehr wohl bewusst.

ZR: Bevor wir mit den Argumenten fortfahren, die Sie angeführt haben, zumindest in der deutschen Medienlandschaft - ich weiß nicht, wie es in Kanada ist, vielleicht können Sie auch darüber kurz sprechen - würde man Ihre Antwort als Rechtfertigung des Krieges oder als Putin-Propaganda oder als Wiederholung russischer Argumente einstufen. Wie beurteilen Sie diese Art von Einstufung und wie würden Sie im Sinne Ihrer Botschaft darauf reagieren?

DL: Was Sie gerade beschrieben haben, ist eine persönliche Angelegenheit für mich. Vor einem Monat veröffentlichte das Journal de Montreal, eine Lokalzeitung in der Stadt, in der ich lebe, einen Artikel über mich und eine andere Aktivistin namens Yve Angler, die diese Argumente geäußert hatte, in dem wir beschuldigt wurden, russische Propagandisten und Putin-Spitzel zu sein und dergleichen. In dem Artikel wurde sogar angedeutet - ohne dass dies explizit behauptet wurde, weil es keinerlei Beweise dafür gab -, dass wir irgendwie einen wirtschaftlichen oder finanziellen Nutzen aus der Äußerung dieser Positionen ziehen würden. Und ich möchte nur klarstellen, dass ich, wie ich dem Reporter in dieser Reportage erklärte, nie einen Cent für meine journalistische Tätigkeit oder meinen Aktivismus von irgendjemandem bezahlt worden bin. Ich habe also eine reine Weste, und der Gedanke, dass ich dies aus einem anderen Grund als der Verpflichtung gegenüber der Wahrheit tue, ist absoluter Unsinn.

Warum gehen sie so vor? Es handelt sich um eine bewährte Methode, um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen. Wir haben es zum Beispiel in der Zeit des McCarthyismus in den Vereinigten Staaten in den 1950er Jahren erlebt, als jeder, der verdächtigt wurde, politisch links zu stehen, als Verräter und Agent der Sowjetunion beschuldigt. Auf diese Weise verhindern die Machtstrukturen in unserem Land, dass wir eine ehrliche Diskussion über die Beweise führen können. Sie können die Debatte nicht gewinnen, und ich würde gerne mit jedem über diese Themen in einem öffentlichen Forum diskutieren. Aber das wird nie geschehen, weil sie diese Debatte nicht gewinnen können. Und so versuchen sie, uns zu diskreditieren und mit McCarthy-Taktiken in den Hintergrund zu drängen. Ich glaube, es ist ein Punkt erreicht, an dem diese Taktiken immer weniger wirksam sind, weil die Beweise für unsere Positionen so überwältigend sind, dass sie irgendwann nicht mehr ernsthaft bestritten werden können.

ZR: Ich habe gerade auf Instagram gesehen, dass The Economist ein Bild gepostet hat. Ich werde versuchen, es in diesem Video zu verlinken, indem sie im Grunde versuchen zu zeigen, dass sich zwei Kinder unter einem Felsen verstecken. Eines heißt Taiwan und eines heißt Ukraine. Ein Bär steht für Putin und ein Drache für China. Und als ich mir die Kommentare anschaute, hieß es in 90 % der Kommentare, dass es sich um westliche Propaganda handele, in der von US-Kriegen und Ähnlichem die Rede sei. Und um auf Ihren Punkt einzugehen: Wir beobachten dies ebenfalls. Man sollte meinen, dass der Versuch, den Konflikt zu verstehen und zu begreifen, welche Rolle wir spielen, den Weg für eine bessere Außenpolitik ebnen und sicherstellen würde, dass wir keine destruktive Rolle spielen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Lassen Sie uns nun zu den Fakten kommen. Welche Beweise gibt es für die nationalsozialistische Bewegung [in der Ukraine]? Lassen Sie uns damit beginnen. Und anschließend gehen Sie auf die NATO-Expansion ein.

DL: Etwas, worüber im Westen nicht viel gesprochen wird, ist die Tatsache, dass die ukrainische Gesellschaft und insbesondere das Militär von Neonazis unterwandert wurde - darüber wurde schon vor Beginn der Invasion im Februar dieses Jahres diskutiert. Zum Beispiel in Odessa, ich glaube, es war 2014, ungefähr zur Zeit des Maidan-Putsches, wofür es viele Beweise in Form von Videos, Fotos und Augenzeugenberichten gibt. Dutzende, ich würde sagen, russlandfreundlich gesinnte, russischsprachige Bürger von Odessa wurden in einem Gebäude, dem Gewerkschaftshaus, eingeschlossen und von Neonazis bei lebendigem Leib verbrannt. Bis zum heutigen Tag sieht man Bilder von Nationalisten, die [Menschen] an Telefonmasten in der Ukraine festbinden und auf Personen einprügeln, die verdächtigt werden, Sympathisanten Russlands zu sein. Sie erhielten kein ordentliches Gerichtsverfahren. Ihnen wird einfach nur vorgeworfen, mit Russland zu sympathisieren, als ob das eine Art Verbrechen wäre. Trotz der Tatsache, dass sie selbst russischsprachig oder ethnisch russisch sind, werden sie an Telefonmasten gefesselt und verprügelt, was auf Video aufgenommen und dann ins Internet gestellt wird. Im Dezember 2018 erklärte das ukrainische Parlament einen Nationalfeiertag zu Ehren von Stepan Bandera, der eindeutig ein Nazi-Kollaborateur während des Zweiten Weltkriegs war und dessen politische Organisation OUN [Organisation Ukrainischer Nationalisten] am Tod von Zehntausenden von Polen, Juden und Russen beteiligt war. Diese Leute waren völkermordende Verrückte. Sie waren während eines Großteils des Zweiten Weltkriegs eindeutig mit den Nazis verbündet. Und in der Ukraine wird das Vermächtnis dieses Mannes ganz offen geehrt. Ich könnte noch lange über Videobeweise sprechen, die aufgetaucht sind und verschiedene Formationen des ukrainischen Militärs zeigen, die Nazi-Insignien verwenden. Erst kürzlich ist ein Videoband erschienen. CNN war in Cherson, und jemand feierte die Ankunft der ukrainischen Streitkräfte, indem er den Nazi-Gruß von einem Fahrzeug aus machte. Soweit ich weiß, hat die ukrainische Regierung daraufhin den westlichen Medien verboten, zu diesem Zeitpunkt nach Cherson zu reisen, weil sie einige unbequeme Wahrheiten erfahren haben.

Es gibt zahlreiche Beweise für die Existenz russenfeindlicher und gewalttätiger

Elemente innerhalb des ukrainischen Militärs. Daraufhin wird mir oft gesagt: "Wissen Sie, die Umfragen bei den ukrainischen Wahlen zeigen, dass die extreme Rechte im Vergleich zu den etablierten Parteien nur sehr wenig Unterstützung genießt." Zunächst einmal sind die etablierten Parteien, z. B. Petro Poroschenko, der Vorgänger von Zelenski, und sogar Zelenskis Regierung selbst, extrem rechtsgerichtet. Ich würde sie nicht als Nazis bezeichnen, aber sie sind extrem rechtsgerichtet. Und darüber sollten wir uns keine Illusionen machen. Zweitens lässt sich die Macht der extremen Rechten in der Ukraine nicht einfach an der Zahl der Stimmen messen, die sie an den Wahlurnen erhält, denn sie ist gewalttätig. Sie setzt extreme Gewalt ein, und diese extreme Gewalt verleiht ihr einen großen Einfluss auf die ukrainische Politik. Die ukrainischen Nationalisten und die extreme Rechte haben offen gesagt, dass jeder ukrainische Führer, der ein Friedensabkommen mit Russland eingeht, umgebracht werden wird. Sie werden ihn eliminieren. Wenn man sich also in der Position von Zelenski befindet und einen Ausweg aus diesem katastrophalen Krieg sucht, hat das Auswirkungen auf das eigene Verhalten, wenn man glaubt, sein Leben sei in Gefahr, sobald man ein Friedensabkommen mit Russland eingeht. Ihr Einfluss lässt sich also nicht einfach an der Zahl der Stimmen messen, die sie erhalten. Man muss sich ihre militärische Macht und ihre Fähigkeit ansehen, ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen.

ZR: Sie haben also über die Nazi-Problematik in der Ukraine gesprochen. Das Gegenargument dazu wäre: Es gibt in vielen europäischen Ländern ein Problem mit nationalsozialistischen Strukturen, was weder Russland noch einem anderen Land das Recht einräumt, eine Entnazifizierung vorzunehmen, denn es handelt sich um ein lokales Anliegen, das gelöst werden muss. Wie kontern Sie dieses Argument?

DL: Ich möchte noch einmal unterscheiden zwischen dem Recht, militärisch zu intervenieren, und der Ermittlung der Beweggründe Russlands. Putin hat dies in der Tat kürzlich in einer Rede zum Ausdruck gebracht. Er sagte: „Sehen Sie, in unserem Land haben wir rechtsextreme Elemente. Wir haben extreme Nationalisten. Der Unterschied zwischen uns und der Ukraine ist, dass wir sie nicht zelebrieren. Wir erheben sie nicht in Machtpositionen. Wir rufen keine nationalen Feiertage zu ihren Gunsten aus.“ Wie ich bereits erwähnte, hat das ukrainische Parlament einen Nationalfeiertag für Stepan Bandera ausgerufen. Wo erleben wir das in Osteuropa?

Ich möchte über mein Herkunftsland Griechenland sprechen. In Griechenland gab es eine Partei namens Goldene Morgenröte, eine virulente Neonazi-Partei, die angesichts der Austeritäts-Krise in Griechenland 2014 und 2015 nach einer Wahl zur drittgrößten Partei im griechischen Parlament wurde. Dies war eine ernsthafte Bedrohung für die griechische Demokratie. Was unternahmen die griechischen Behörden? Ich habe viel Kritik an der griechischen Regierung zu üben. Aber zu ihrer Verteidigung sei gesagt, dass sie in diesem speziellen Fall die Anführer der Goldenen Morgenröte, die in eine Reihe von Todesfällen von Migranten und Menschen nicht-griechischer Herkunft verwickelt waren, strafrechtlich aufgrund des Betriebs einer kriminellen Organisation verfolgt haben. Und nach zwei oder

drei Jahren der Strafverfolgung, die in aller Öffentlichkeit stattfand, wurden sie verurteilt. Sie wurden ins Gefängnis gebracht. Die Partei wurde verboten. Griechenland hat also ein ernstes Problem mit Neonazis. Aber die Art und Weise, wie die Behörden damit umgehen, unterscheidet sich sehr von der Art und Weise, wie die Behörden in der Ukraine mit dieser Problematik umgehen.

ZR: Lassen Sie uns nun zum zweiten Punkt übergehen, den Sie bezüglich der NATO angesprochen haben. Können Sie über die Rolle der NATO bei der Provokation oder dem Druck auf Russland, wie manche es nennen, sprechen?

DL: Lassen Sie uns zunächst zum Zusammenbruch der Sowjetunion zurückgehen. Es gibt ein Archiv an der George Washington University, das zahlreiche Beweise zu diesem Thema enthält. Und es steht wirklich außer Frage, dass zur Zeit der Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur die US-Regierung, sondern auch andere westliche Regierungen Gorbatschow versicherten, dass die NATO keinen Zentimeter nach Osten expandieren würde. Und Gorbatschow und andere russische Führer hatten angesichts der immensen militärischen Macht und insbesondere der nuklearen Waffenkapazität der NATO-Staaten völlig zu Recht entsprechende Bedenken. Und diese Zusicherungen wurden ihm gegeben, und diese Zusicherungen wurden wiederholt verletzt. Anfang der 1990er Jahre warnten eine Reihe von Koryphäen der amerikanischen Außenpolitik vor einer Katastrophe, die die NATO-Erweiterung zur Folge haben würde. George Kennan war einer von ihnen. Auch William Perry, der, wenn ich mich recht erinnere, Verteidigungsminister in der Clinton-Regierung war. Ich glaube, er drohte sogar mit seinem Rücktritt angesichts von Bill Clintons beabsichtigter NATO-Erweiterung. William Burns, der derzeitige Direktor der CIA, schickte, als er in Russland stationiert war und bevor er Direktor der CIA wurde, ein Telegramm an das Außenministerium, in dem er sagte - und dies wurde später von WikiLeaks veröffentlicht - , dass er mit Personen des gesamten politischen Spektrums in Russland gesprochen hatte, nicht nur mit Leuten, die rechts oder nationalistisch orientiert waren, sondern auch mit Leuten auf der linken Seite. Und die Idee der NATO-Erweiterung wurde allgemein abgelehnt. Niemand hielt es für eine gute Idee. Niemand begrüßte es. Es gibt also jede Menge Beweise für die ernsthaften Bedenken der russischen Regierung gegenüber der NATO-Erweiterung seit den 1990er Jahren. Diese Bedenken wurden durch die Bombardierung Serbiens und die Zerstörung Libyens im Jahr 2011 noch verstärkt, was die russische Regierung davon überzeugte, dass die NATO kein defensives, sondern ein offensives Militärbündnis darstellt. Dies begann etwa 2008, zur Zeit der Münchner Sicherheitskonferenz. Putin erklärte sehr deutlich, dass die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens eine kritische Grenze für Russland darstellt. Weiter sei man nicht bereit, die Expansion der NATO zu tolerieren. Diese Aussage hat er bis zum Beginn der Invasion im Februar dieses Jahres wiederholt gemacht. Es gibt einfach keine Grundlage für die Annahme, dass er lügt und dass er diesbezüglich Bedenken hat. Die Ernsthaftigkeit dieser Bedenken wird dadurch untermauert, dass Leute aus dem außenpolitischen Establishment der Vereinigten Staaten seit 30 Jahren vor dieser Entwicklung gewarnt haben. Wir haben keinen

Grund, daran zu zweifeln, dass er die Wahrheit sagt. Und ich denke, dass jeder russische Staatschef, ob nun Wladimir Putin oder jemand anderes, über die NATO-Erweiterung bis zur Grenze der Ukraine sehr besorgt gewesen wäre.

ZR: Um noch einmal des Teufels Advokat zu spielen - einige würden argumentieren, dass die NATO auch in anderen Ländern wie z. B. Polen und Lettland präsent ist, die sehr nahe an Russland liegen und eine Grenze teilen. Die NATO könnte ein Standby-Abkommen haben, das keine NATO-Mitgliedschaft erfordert. Daher stellt die NATO keine Bedrohung in dem Sinne dar, wie es die russische Regierung zur Rechtfertigung ihres Krieges behauptet. Halten Sie diese Art von Argumenten für stichhaltig?

DL: Nein. Wir müssen die Komplexität der Situation verstehen. Erstens hat die Ukraine eine sehr lange Grenze mit Russland und ihre nordöstliche Grenze ist, glaube ich, nur ein paar hundert Meilen von Moskau entfernt. Zweitens muss man bedenken, dass die Ukraine im Gegensatz zu diesen Ländern über eine Küste am Schwarzen Meer verfügt, und das gilt auch für Georgien. Und wenn man sich eine Karte des Schwarzen Meeres anschaut, die für Russland von strategischer Bedeutung ist, dann wäre das Schwarze Meer, wenn die Ukraine und Georgien in die NATO aufgenommen worden wären, praktisch ein NATO-Gewässer geworden. Man hätte die Türkei im Süden, Rumänien im Westen, die Ukraine im Norden und Georgien im Osten. Die einzige Nicht-NATO-Küste am Schwarzen Meer wäre die von Russland gewesen. Und zu diesem Zeitpunkt hatte Russland vor der Annexion der Krim nur einen sehr begrenzten Anteil am Schwarzen Meer. Dies ist der einzige Weg, über den die Flotte des Schwarzen Meeres Zugang zum Mittelmeer hat. Es ist also von strategischer Bedeutung für Russland. Die Ukraine hat im Vergleich zu den anderen von Ihnen genannten Ländern einen sehr hohen Anteil an russischsprachigen und ethnischen Russen, die im Osten des Landes leben.

Die Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO erfolgte im Jahr 2004. Im Jahr 2004 war Russland militärisch nicht sonderlich gefestigt. Russland erholte sich immer noch von der katastrophalen Periode der Herrschaft von Boris Jelzin in den 1990er Jahren. In dieser Zeit sank die durchschnittliche Lebenserwartung der Russen drastisch, und die Armut in Russland stieg rapide an. Die Wirtschaft brach zusammen. Ich glaube nicht, dass irgendjemand plausibel argumentieren kann, dass die Regierung von Wladimir Putin 2004 in der Lage war, etwas dagegen zu tun. Aber die Regierung begann, das Militär zu stärken, und die Wirtschaft erholte sich unter der Putin-Regierung. Und so war sie schließlich in der Lage, militärisch zu reagieren, als die viel größere Bedrohung durch die ukrainische Mitgliedschaft in der NATO auf sie zukam. Die Tatsache, dass Russland im Jahr 2004, als die baltischen Staaten aufgenommen wurden, nicht militärisch interveniert hat, ignoriert meiner Meinung nach einfach den Kontext und untergräbt in keiner Weise die Bedrohung, die die ukrainische Mitgliedschaft in der NATO für Russland darstellte, zumindest aus Sicht der russischen Regierung.

ZR: Kommen wir zu den Entwicklungen, die nach dem Sommer stattfanden. Das ukrainische Militär gewann im September erheblich an Dynamik, verdrängte Russland aus dem Nordosten und Süden des Landes und eroberte 54 % des von ihm kontrollierten Territoriums zurück, darunter auch strategische Städte, die Russland seit Beginn des Krieges erobert hatte. Russland konzentriert sich nun auf die Strom- und Energieinfrastrukturen in der Ukraine. Wie beurteilen Sie den Krieg in dieser Phase? Glauben Sie, dass sich der Krieg zu Gunsten der Ukraine verändert hat und dass die US-Sanktionen sowie die Militärhilfe sich positiv auf die militärischen Fähigkeiten der Ukraine ausgewirkt haben?

DL: Zunächst einmal waren das natürlich beeindruckende militärische Leistungen, die Rückgewinnung von Gebieten im Norden der Ukraine und in der Region Cherson. Aber das geschah vor etwa sechs bis acht Wochen. Seitdem hat sich das Blatt gewendet, nicht in dramatischer Weise, aber die Front hat sich definitiv stabilisiert. Die Ukraine hat in den letzten sechs bis acht Wochen keine wesentlichen Fortschritte erzielt. Die Verluste, die die Ukraine bei der Rückeroberung des Gebiets in der Region Cherson und in der Region Charkiw erlitten hat, waren selbst nach den Berichten in den westlichen Medien erschreckend. Zahlreiche Soldaten wurden getötet. Der Verlust an militärischem Material ist enorm. Und jetzt erleben wir russische Vorstöße, keine riesigen, dramatischen Vorstöße, sondern methodische, schrittweise Vorstöße im Gebiet Bachmut, das von strategischer Bedeutung ist. Sie sehen es im Norden in der Gegend von Kupjansk. In der Region Cherson gibt es keine weiteren Vorstöße. Es wird nicht darüber gesprochen, aber trotz des Rückzugs Russlands aus der Stadt Cherson kontrolliert es weiterhin, ich glaube, etwa 60 % des Gebiets Cherson.

Im Vergleich zum Beginn der Invasion befindet sich Russland militärisch in einer Gewinnposition. Es verfügt über eine Landbrücke zur Krim, was vorher nicht der Fall war. Es kontrolliert das Kernkraftwerk Saporischschja, das größte Kernkraftwerk in Europa, das vor dem Krieg bis zu 25 % des ukrainischen Stroms lieferte. Mariupol wird kontrolliert und wieder aufgebaut. Russland kontrolliert fast das gesamte Gebiet von Luhansk, einschließlich der Städte Donezk und Luhansk, die nicht wesentlich gefährdet sind. Es gab wesentliche Fortschritte für die Ukraine. Aber derzeit hat sich das Blatt gewendet, und das ukrainische Militär ist, glaube ich, erschöpft. Es hat einen hohen Preis für diese Gewinne im Norden und im Süden bezahlt. Wir im Westen müssen uns die Frage stellen: Was erreichen wir mit der weiteren Bewaffnung der Ukraine? Wir verlängern den Krieg. Es werden noch mehr Menschen sterben. Aber kann die Ukraine diesen Krieg tatsächlich gewinnen? Eine ehrliche Einschätzung der Situation zeigt, dass Russland in der Lage ist, das ukrainische Stromnetz zu zerstören, was es bereits in erheblichem Maße getan hat, genau wie das US-Militär es unmittelbar nach dem Angriff auf den Irak getan hat. Die Russen haben monatelang gewartet, aber inzwischen gehen sie so vor. Sie handeln dabei methodisch. Man betrachte die Energieressourcen Russlands. Sehen Sie sich die viel größere Bevölkerung an, auf die Russland für militärische Mobilisierungen zurückgreifen kann, das militärische Material, die industriellen Produktionskapazitäten. Die realistische und ehrliche Sichtweise scheint mir zu

sein, dass dieser Konflikt für die Ukraine kaum zu gewinnen sein wird. Die humanste Art, mit diesem Krieg umzugehen, besteht in einer möglichst schnellen Lösung auf dem Verhandlungswege. Wir erweisen dem ukrainischen Volk keinen Gefallen. Wir werden ihr Leiden nur verlängern und die Auslöschung ihres Landes vorantreiben.

ZR: Eine weitere wichtige Entwicklung im September war die Sabotage der Nord Stream-Pipeline, die im Grunde genommen bombardiert wurde. Westliche Staaten sowie die Medien, insbesondere in Deutschland, machten Russland für den Angriff verantwortlich, während der russische Staat die britische Marine beschuldigte. Die führenden Medien in Deutschland zogen nicht einmal die Theorie in Betracht, dass die USA möglicherweise für die Anschläge verantwortlich sein könnten, und schoben die Schuld schnell auf Russland. Jeder, der auf eine alternative Version hinwies und der davon profitieren konnte, wurde in die Schublade der Verschwörungstheorie eingeordnet. Wer hätte nach Ihrer Einschätzung ein Motiv zur Durchführung dieses Anschlags und wer würde davon profitieren?

DL: Ich möchte sagen, dass wir zuallererst den Begriff "Verschwörungstheoretiker" einfach die rhetorische Toilette hinunterspülen sollten. Denn viele Dinge, die heutzutage im Westen als Verschwörungstheorien bezeichnet werden, sind durchaus plausible Theorien, und verdienen eine Debatte über Richtigkeit oder Irrtum.

Wir wissen es natürlich nicht. Ich behaupte nicht, es zu wissen. Ich glaube nicht, dass irgendjemand außer vielleicht ein paar westlichen Regierungen weiß, wer die Nord Stream-Pipeline tatsächlich in die Luft gesprengt hat. Aber wir können einige begründete Vermutungen anstellen. Welchen Grund könnten die Russen haben, ihr eigenes milliardenschweres Infrastrukturprojekt zu zerstören? Wenn sie Gas oder die Bereitstellung von Gas als Druckmittel gegen Deutschland oder andere europäische Staaten einsetzen wollten, hätten sie nur den Hahn zudrehen müssen. Mit der vorhandenen Infrastruktur könnten sie nicht nur die "Peitsche" [Druckmittel] einsetzen, indem sie die Hähne zudrehen, sondern sie könnten den europäischen Regierungen auch ein "Zuckerbrot" [Anreiz] anbieten: Wenn ihr ein Abkommen mit uns schließt, ein Sicherheitsabkommen, das wir befürworten und mit dem wir leben können, werden wir die Hähne wieder aufdrehen. Indem sie ihre eigene Pipeline zerstörten, hätten sie sich selbst der Möglichkeit beraubt, den europäischen Staaten einen Anreiz für ein Friedensabkommen mit Russland zu bieten. Und das macht einfach überhaupt keinen Sinn.

Es gibt einige Indizien, die die Vermutung stützen, dass es nicht Russland war, sondern eine NATO-Macht oder eine Gruppierung von NATO-Mächten. In den Wochen oder zwei oder drei Monaten vor der Zerstörung der Pipeline fanden nämlich NATO-Militärübungen in der Nähe der Pipeline statt. Und auch der ehemalige polnische Außenminister hat, ich glaube, es war am Tag der Bombardierung, einen Tweet veröffentlicht, in dem er ein Bild von Gas zeigte, das aus dem Ort der Explosion aufstieg, und schrieb: "Danke, USA." Dies war ein hochrangiger Beamter des ehemaligen polnischen

Regierungsvertreters.

Ist das ein stichhaltiger Beweis für die Beteiligung der USA oder der Briten an diesem Vorfall? Nein, aber es ist ein starker Indizienbeweis, und er ergibt viel mehr Sinn als die Behauptung, die Russen hätten ihre eigene Pipeline gesprengt.

ZR: Kommen wir nun zu den jüngsten Entwicklungen. Anfang Dezember wurde der Ruf nach Diplomatie laut. So erklärte Präsident Macron, dass der einzige Weg zur Beendigung dieses Krieges Verhandlungen seien. Er hielt auch eine gemeinsame Pressekonferenz mit Präsident Biden ab, in der beide erklärten, Diplomatie sei denkbar, wenn Putin zur Beendigung des Krieges bereit wäre. Wir beobachten zudem, dass die Ukraine nunmehr den Wunsch nach Frieden hegt und versucht, einen Friedensgipfel mit Russland anzustreben, was Russland den deutschen Medien zufolge ablehnt, ohne jedoch Gründe anzugeben. Wie sehen Sie die weitere Entwicklung dieses Konflikts? Glauben Sie, dass Frieden angestrebt wird und es Russland ist, das keinen Frieden wünscht?

DL: Nein, ich weise dieses Narrativ vollständig zurück. So hat der ukrainische Außenminister in den letzten Tagen erklärt, dass seine Regierung an der Organisation eines Friedensgipfels im Februar interessiert sei. Aber er sagte, dass Russland, um dazu eingeladen zu werden, eine Anklage vor einem internationalen Kriegsverbrechertribunal akzeptieren müsse. Nun gibt es keine Regierung in Russland, die einer solchen Vorbedingung jemals zustimmen würde, nicht nur Wladimir Putin. Keine russische Regierung würde dem zustimmen, stellen Sie sich die Amerikaner vor, die im Irak Kriegsverbrechen begangen haben: Wenn ihr ein Friedensabkommen mit euren Gegnern im Irak schließen wollt, müsst ihr euch zuerst einer Strafverfolgung aufgrund von Kriegsverbrechen unterziehen. Die Amerikaner hätten geantwortet: Wir sind an Gesprächen mit euch überhaupt nicht interessiert. Unabhängig davon, ob Sie es für richtig oder notwendig halten, dass russische Militärs oder Politiker wegen Kriegsverbrechen strafrechtlich verfolgt werden, ist es lächerlich zu glauben, dass es zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage dieser Vorbedingung kommen wird. Und eine weitere Vorbedingung, die Zelenski wiederholt formulierte, besteht in dem Abzug aller russischen Streitkräfte aus dem Gebiet, das er als Ukraine bezeichnet, damit es zu Verhandlungen kommen kann. Auch dies ist lächerlich. Zum einen ist dies verfassungsrechtlich nicht zulässig, da Russland diese Gebiete formell in die Russische Föderation eingegliedert hat. Aber zweitens und aus einer praktischeren Perspektive betrachtet, hätte Russland, wenn es seine gesamten Streitkräfte aus der Ukraine abziehen würde, wie Zelenski sagt, absolut kein Druckmittel in diesen Verhandlungen. Und nicht nur das, die russische Bevölkerung würde mit ziemlicher Sicherheit rebellieren, weil sie sagen würde: "Warum haben wir all diese Verluste auf uns genommen? Warum haben russische Soldaten ihr Leben geopfert, nur damit ihr die Kontrolle über diese Gebiete, die größtenteils von russischsprachigen Menschen besiedelt sind, aufgeben müsst, noch bevor ihr ein Friedensabkommen geschlossen habt?" Kein russischer Staatsführer würde dem jemals zustimmen. Meines Erachtens sind diese Verhandlungsangebote aus dem Westen also völlig

unseriös. Sie sind nicht realistisch, weil die westlichen Regierungen und die ukrainische Regierung die Verhandlungen an Bedingungen knüpfen, die kein russischer Staatschef jemals akzeptieren würde.

Die traurige Realität ist, dass die Ukraine für ein Friedensabkommen territoriale Zugeständnisse machen muss, und die Leute werden sagen: "Das ist doch verrückt. Wie können wir das tun?" Ist das wirklich so? Ist es die Position des Westens, dass der Tausch von Land gegen Frieden inakzeptabel ist? Was hat der Westen dem palästinensischen Volk in den letzten Jahrzehnten vermittelt? Dem palästinensischen Volk wurde gesagt, es solle massive territoriale Zugeständnisse hinnehmen, um eine Art quasi-souveränen Staat zu erhalten, der nicht einmal wirklich ein souveräner Staat ist. Das war das Angebot der israelischen Regierung. Das vermittelten wir ihnen. Und jedes Mal, wenn sie ein solches Angebot ablehnten, verurteilten wir die Palästinenser und erklärten, sie seien für ein Friedensabkommen mit Israel nicht bereit. Aber in Bezug auf die Ukraine sind territoriale Zugeständnisse aus westlicher Sicht ausgeschlossen, das ist heuchlerisch. Es ist inkonsistent. Auch hier besteht ein humaner Ansatz in der Forderung nach einer Einigung, bei der beide Seiten Zugeständnisse machen müssen, nicht nur eine. Das ist die einzige Aussicht auf eine friedliche Lösung des Konflikts. Und wenn keine Zugeständnisse gemacht werden, wird es keine Lösung geben. Es wird kein Friedensabkommen geben und die Ukrainer werden sehr darunter leiden.

ZR: Sie sprachen von der Akzeptanz der Bedingung durch die russische Führung, sich selbst als Kriegsverbrecher anzuerkennen. Wenn ich mich nicht irre - vielleicht können Sie mich korrigieren -, sind die Vereinigten Staaten nicht einmal Unterzeichner des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag. Und die Vereinigten Staaten schützen seit langem ihre Soldaten und Kriegsverbrecher und sogar Folterer, wie wir im Abu-Ghraib-Gefängnis im Irak 2003 gesehen haben, und haben ihre Verantwortlichen nie zur Rechenschaft gezogen. Wie kommt es, dass die Medien Ihrer Meinung nach all diese Zusammenhänge nicht erwähnen, wenn es um diese Doppelmoral und Scheinheiligkeit geht?

DL: Ihre Presse berichtet darüber. Unabhängige Medien erwähnen es. Aber die Leitmedien natürlich nicht, denn die Leitmedien sind im Besitz der Oligarchie und es dient nicht den Interessen der US-Oligarchie, dass diese Art von Wahrheiten der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden. Was Sie gesagt haben, ist absolut wahr. Und lassen Sie uns gerade über Folter sprechen. Das Folterprogramm der Vereinigten Staaten unter der Bush-Regierung. Dies ist ein offensichtlicher Fall für die Verfolgung von Kriegsverbrechen. Warum erwähne ich das? Weil die US-Regierung zugegeben hat, dass sie in diesen Einrichtungen Waterboarding angewendet hat. Und als Obama 2008 für das Präsidentenamt kandidierte, sagte er ganz offen, dass Waterboarding Folter ist. Wir wissen also zweifelsfrei, dass die Regierung der Vereinigten Staaten an Folter beteiligt war. Dies zweifelsfrei zu beweisen, wäre eine Aufgabe, die selbst der unfähigste Staatsanwalt bewältigen könnte. Und doch hat der Internationale Strafgerichtshof nichts unternommen, absolut nichts. Kein internationales

Tribunal hat auch nur den Versuch unternommen, einen US-Politiker oder eine US-Militärperson auch nur für das offensichtlichste Kriegsverbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Die Regierung der Vereinigten Staaten und diejenigen, die sie unterstützen, einschließlich der kanadischen Regierung, haben also absolut keine moralische Autorität, auf der Verfolgung eines Führers oder einer militärischen Figur in den Staaten, die als offizielle Feinde des Westens gelten, durch ein Tribunal zu bestehen. Wenn wir erst einmal vor unserer eigenen Haustür aufgeräumt haben, dann und nur dann haben wir die moralische Autorität, dies von anderen zu verlangen.

ZR: Kommen wir zurück zu den jüngsten Entwicklungen in der Ukraine. Die Ukraine nimmt jetzt russische Militärbasen mit Drohnen ins Visier. Berichten zufolge befinden sich in einigen dieser Militärstützpunkte Atomwaffen. Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten kürzlich Patriot-Luft- und Abwehraketensysteme für die Ukraine genehmigt. Stichwort militärische Entwicklung: Wie wird sich dieser Konflikt Ihrer Meinung nach entwickeln? Drohen der Ukraine oder Russland in Zukunft noch größere Probleme?

DL: Betrachten wir den Einsatz von Drohnen zum Angriff auf den Luftwaffenstützpunkt Engels und dergleichen mehr. Zunächst einmal verursachen diese keine Schäden, die die Fähigkeit des russischen Militärs, nennenswert beeinträchtigen würden. Das ist beschämend. Natürlich ist der Verlust von Menschenleben für die russische Regierung und das russische Volk von Bedeutung. Soweit ich weiß, starben bei dem jüngsten Angriff auf Engels drei russische Soldaten. Ich glaube nicht, dass irgendjemand ernsthaft behaupten kann, dass dies die Fähigkeit Russlands, den Krieg zu gewinnen, beeinträchtigen wird. Letztendlich wird es die Spannungen und die Wut in Russland verstärken und die russische Regierung veranlassen, noch mehr in Maßnahmen wie die Luftabwehr zu investieren. Das wird der Ukraine bei der Erreichung ihrer langfristigen Ziele nicht helfen. Es stellt sich also die Frage und ich bestreite übrigens nicht eine Sekunde lang, dass der Luftwaffenstützpunkt Engels ein legitimes militärisches Ziel ist. Die Angriffe auf den Luftwaffenstützpunkt stehen voll und ganz im Einklang mit den Kriegsgesetzen, soweit sie auf militärische Einrichtungen und militärisches Personal abzielen. Die Frage ist, ob dies aus langfristiger strategischer Sicht sinnvoll ist. Und ich glaube nicht, dass es das ist. Das ukrainische Militär sollte sich also die Frage stellen, welche Ziele damit erreicht werden können. Sie erwähnten noch einen anderen Punkt. Entschuldigung. Es ist mir entfallen. Abgesehen von den Drohnenangriffen, gab es noch eine andere...

ZR: Patriot-Raketenabwehrsysteme.

DL: Ich bin natürlich kein Militärexperte. Daher sollte alles, was ich über militärische Angelegenheiten aussage, unter diesem Blickwinkel betrachtet werden. Allerdings habe ich Meinungen anderer Militärexperten zu diesem Thema gehört, darunter Colonel Douglas MacGregor und Scott Ritter, und sie weisen auf Folgendes hin. Erstens wird offenbar nur eine Batterie Patriot-Raketen in die Ukraine entsandt. Zweitens wird es sich um eine ältere

Version der Patriot-Raketenbatterie handeln. Und wie Scott Ritter wiederholt betont hat, hat das Patriot-Raketensystem, insbesondere die älteren Versionen, eine bewegte Vergangenheit. Er erklärte, dass die Patriot-Raketenbatterie im Irak-Krieg mehr alliierte Flugzeuge abgeschossen hat als irakische Scud-Raketen. Hinzu kommt, dass die Ausbildung der Besatzung, die, wenn ich es richtig verstanden habe, aus bis zu 100 Mitgliedern besteht, etwa 5 bis 9 Monate dauert. Es müssen also eine Vielzahl von Leuten ausgebildet werden. Das dauert Monate. Wie wird der ukrainische Kriegsschauplatz zum Zeitpunkt der Auslieferung dieses einen veralteten Patriot-Raketensystems an die Ukraine aussehen? Und selbst wenn das System effektiv eingesetzt wird und der Krieg zu diesem Zeitpunkt noch nicht verloren ist, wie viel des ukrainischen Luftraums wird eine Batterie am Ende des Tages schützen können? Nach dem, was ich über die Pläne zur Entsendung einer einzigen Batterie in der Ukraine gehört habe, wird sich das strategische Bild also nicht im Geringsten ändern. Aber noch einmal: Es wird die Spannungen weiter anheizen und die russische Regierung und das russische Volk zu der Überzeugung bringen, dass die einzige Reaktion auf diesen Konflikt die Eskalation ist und dass es keine wirkliche Bereitschaft zu Friedensverhandlungen gibt. Dies wird die Situation nur noch weiter verschärfen und die Möglichkeit eines direkten und potenziell nuklearen Konflikts zwischen Russland und dem Westen noch vergrößern.

ZR: Zu meiner letzten Frage: Stimmen, die sich für Frieden und Diplomatie einsetzen, sind in den Medien nicht präsent oder werden in der Politik nicht geäußert. In den Vereinigten Staaten haben wir zum Beispiel gesehen, wie die Demokratische Partei eine Erklärung, in der sie sich für die Diplomatie als Option aussprach, in letzter Minute gestrichen und redigiert hat. In Deutschland ist das nicht anders. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock macht Aussagen wie "das wird Russland ruinieren", und wir leben in einer sehr seltsamen Welt, in der rechtsextreme oder rechte politische Parteien, zum Beispiel die AfD in Deutschland, oder in den USA Stimmen wie Tucker Carlson und bestimmte Senatoren die Frage stellen: "Warum diplomatische Lösungen nicht möglich sind und warum so viele Mittel zur Verfügung gestellt werden, wenn zu Hause die sozialen Infrastrukturen zusammenbrechen?" Wie kann ein Frieden aussehen, wenn wir den Konflikt in der Ukraine zu beenden versuchen?

DL: Dies ist eine absolut kritische Frage. Bevor ich sie beantworte, würde ich gerne eine Bemerkung über die deutsche Grüne Partei machen, denn wie Sie eingangs erwähnten, habe ich selbst für den Vorsitz der Grünen Partei Kanadas im Jahr 2020 kandidiert und beinahe gewonnen. Ich bin mit den Grundwerten der globalen grünen Bewegung bestens vertraut, und einer davon ist Gewaltlosigkeit. Die Haltung der Grünen in Deutschland zu diesem Krieg hat mich erstaunt, muss ich sagen, absolut erstaunt. Soweit ich weiß, ist sie die aggressivste antirussische Fraktion innerhalb der derzeitigen deutschen Regierungskoalition. Und sie haben unmissverständlich erklärt, dass nichts weniger als ein vollständiger Sieg der Ukraine und ihrer westlichen Unterstützer für die Grünen akzeptabel wäre. Sie treten nicht nur für eine gewaltsame Lösung dieses Konflikts ein, sondern ihre Vorgehensweise ist tatsächlich

umweltfeindlich. Denn soweit ich weiß, musste Deutschland auf den Verlust der russischen Gaslieferungen mit der Wiederbelebung von Kohlekraftwerken und der Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken reagieren, die eigentlich stillgelegt werden sollten.

Mittlerweile ist Deutschland in hohem Maße von verflüssigtem Erdgas aus den Vereinigten Staaten abhängig, das noch umweltschädlicher ist, da es sich um Fracking-Gas handelt. Es muss verflüssigt und mit Tankern über den Atlantik transportiert werden. In Deutschland müssen riesige Mengen an Infrastruktur ausgebaut werden, um die zunehmenden LNG-Lieferungen zu bewältigen, die Emissionen verursachen, wobei der Krieg selbst eine wesentliche Quelle von Emissionen darstellt. Daher muss ich feststellen, dass die deutsche grüne Partei in einer Art und Weise handelt, die ihren Grundwerten grundlegend widerspricht. Und letztendlich wird dies katastrophale Folgen haben. Es wird katastrophal ausgehen.

Wie würde also ein Lösungsweg aussehen? Ich denke, zunächst einmal, wie ich bereits eingangs erwähnte, müssen die Grenzen der Ukraine neu gezogen werden. Und ich denke nicht, dass die Menschen diese Idee reflexartig ablehnen sollten. Sie wird sogar die langfristige Stabilität der Ukraine fördern, denn es gibt Bevölkerungsgruppen im Osten, die nicht Teil einer ukrainischen rechtsgerichteten Regierung sein wollen. Das ist russlandfeindlich. Sie wollen nicht unter die Zuständigkeit dieser Regierung fallen. Und wenn man sie zwingt, unter der Zuständigkeit dieser Regierung zu leben, wird es weiterhin zu Bürgerkriegen kommen. Im Südosten der Ukraine starben 14.000 bis 15.000 Menschen, darunter viele russischsprachige Menschen, bevor die Invasion begann. Das ist etwas, worüber im Westen nicht gesprochen wird. Und dieses Blutvergießen wird weitergehen. Die Mehrheit der Menschen auf der Krim will nicht Teil der Ukraine sein. Und historisch gesehen war die Krim viele Jahrzehnte lang Teil Russlands. Ich denke also, dass dies die langfristige Stabilität tatsächlich verbessern würde, und die praktische Realität besteht aus territorialen Zugeständnissen, die gemacht werden müssen.

Zweitens muss die ukrainische Regierung eine Art Strategie aufstellen, um den Einfluss und die Macht neonazistischer Elemente innerhalb der Machtstrukturen der Ukraine zu eliminieren. Das ist ein komplexes Thema, und es ist eine heikle Frage, wie damit umgegangen werden soll. Aber zumindest sollte die ukrainische Regierung keine Aktionen wie die Ausrufung eines nationalen Feiertags für Stepan Bandera durchführen.

Drittens bedarf es einer Sicherheitsgarantie für die Ukraine, aber eines absoluten Ausschlusses der Idee einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Und schließlich benötigen wir Reparationen von Russland. Es muss massiv in den Wiederaufbau der ukrainischen Gesellschaft auf beiden Seiten der Konfliktgrenze investiert werden, nicht nur im Westen, sondern auch im Osten, wo der größte Teil des Schadens angerichtet worden ist. Und zu diesem Zweck gibt es 280 Milliarden Dollar an russischen Zentralbankreserven, die derzeit vom Westen eingefroren werden, und dieses Geld könnte für den Wiederaufbau des Landes verwendet werden. Und ich denke, wenn wir das im Laufe der nächsten Jahrzehnte erreichen,

wenn wir ein solches Friedensabkommen schließen können, wird es hoffentlich zu einer allmählichen Versöhnung der russischsprachigen Elemente innerhalb der ukrainischen Gesellschaft und der ukrainischen ethnischen Elemente kommen. Und im Laufe der Zeit dürfte eine zunehmende wirtschaftliche und politische Integration erreicht werden. Das wäre der beste Fall. Langfristig könnte so etwas aber durchaus möglich sein. Letztendlich komme ich aber auf das zurück, was ich schon wiederholt gesagt habe. Wenn es keine Zugeständnisse auf beiden Seiten gibt, wird es keinen Frieden geben. Wir können diesen Krieg nicht beenden, wenn wir die Position einnehmen, dass es einen totalen Sieg der Ukraine und ihrer westlichen Unterstützer geben muss.

ZR: Dimitri Lascaris, Journalist, Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied des Real News Network. Vielen Dank, dass Sie sich heute Zeit genommen haben.

DL: Vielen Dank für die Einladung, Zain.

ZR: Danke, für Ihr Interesse heute. Vergessen Sie nicht, unseren YouTube-Kanal und unsere alternativen Kanäle auf Rumble und Telegram zu abonnieren und sich an unserer Crowdfunding-Kampagne zum Jahresende zu beteiligen, damit wir unseren Journalismus auch im Jahr 2023 fortsetzen können. Ohne Sie können wir diese Arbeit nicht leisten. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza, bis zum nächsten Mal.

ENDE